

Pressemitteilung

22. August 2019

Stadt Frankfurt muss Schwangerschaftsberatungsstellen jetzt schützen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen begrüßt den jüngsten Erlass der Landesregierung zu den Mahnwachen vor Schwangerschaftsberatungsstellen. Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau beinhaltet er, dass Proteste von Abtreibungsgegnern künftig nur noch dort erlaubt werden sollen, wo kein Sicht- oder Rufkontakt zu Beratungsstellen besteht.

"Mit dem Erlass zeigt die Landesregierung Haltung gegen Fundamentalismus und für die Rechte von Frauen. In einer Zeit, in der die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung weltweit angegriffen wird, ist diese Entscheidung gegen die internationale Anti-Abtreibungsbewegung von großer Bedeutung über Hessen hinaus", sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Hessen. "Noch größeren Schutz für die Schwangerschaftsberatungsstellen und ihre Klientinnen würde allerdings eine gesetzliche Regelung bieten, die wir daher nach wie vor fordern."

Der PARITÄTISCHE Hessen erwartet, dass die Stadt Frankfurt im Herbst, wenn die Abtreibungsgegner*innen erneut demonstrieren wollen, den ungehinderten Zugang zu den Beratungsstellen endlich sicherstellt. Ein Verbot der Mahnwachen vor Beratungsstellen wäre aus seiner Sicht auch bisher und ohne den neuen Erlass schon möglich gewesen. Dies war heute auch die einhellige juristische Meinung bei der Anhörung zu einem Gesetzentwurf für Schutzzonen der Frankfurter Die Linke im Hessischen Landtag.

"Mit dem Erlass erinnert die Landesregierung auch den Frankfurter Ordnungsdezernenten an die gesetzlichen Möglichkeiten. Wir hoffen, dass er diese in Zukunft zum Schutz der Frauen nutzen wird," sagt Monika Remé, Referentin Frauen und Mädchen beim PARITÄTISCHEN Hessen. "Die Stadt Frankfurt kann und muss jetzt handeln!"

Der Paritätische Hessen vertritt die überwiegende Mehrheit der Schwangerschaftsberatungsstellen, die in Hessen Schwangerschaftskonfliktberatungen durchführen. Er setzt sich für eine rechtssichere Lösung für betroffene

Frauen und Beratungsstellen ein. "Ob Erlass oder Gesetz, wir bitten die Landtagsabgeordneten nicht locker zu lassen. An Fundamentalist*innen dürfen wir uns nicht gewöhnen," forderte Monika Remé in der heutigen Landtaganhörung.

Ansprechpartnerin beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Monika Remé

Referentin Frauen und Mädchen

Telefon: 069/95 52 62-11

E-Mail: monika.reme@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

Deutscher PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen e.V.

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org